

Beantwortung der Wahlprüfsteine für Bürgermeisterkandidaten

1. Hochwasserschutz

- a. Setzen Sie sich dafür ein, dass die Gewässer, zu deren Unterhalt die Kommune verpflichtet ist, nach Naturschutz-Kriterien entwickelt und renaturiert werden und dadurch auch dem Hochwasserschutz durch Schaffung zusätzlicher Retentionsflächen Rechnung getragen wird?

Hochwasserschutz hat für unsere Gemeinde hohe Priorität. Ich unterstütze eine naturnahe Entwicklung der Gewässer, wenn dadurch der ökologische Zustand verbessert und Hochwasserschutz durch zusätzliche Retentionsflächen gestärkt wird. Ein konkretes Beispiel ist das länderübergreifende Projekt Agile Iller im Bereich Altstadt, bei dem Gewässeraufweitung und Überflutungsräume geschaffen werden. Auch wenn das Projekt in der Verantwortung von Bayern und Baden-Württemberg liegt, betrifft es unsere Gemeinde direkt. Wichtig ist, dass Maßnahmen fachlich fundiert, wirtschaftlich tragbar und im Dialog mit Grundstückseigentümern sowie der Landwirtschaft umgesetzt werden.

2. Stadtentwicklung

- a. Wie und mit welchen festgelegten Maßnahmen im Bebauungsplan wollen Sie die Umsetzung zu naturfreundlicher Gartengestaltung (Durchlässigkeit von Zäunen für Igel, Hase u.a., Bepflanzung mit heimischen Arten) fördern und kontrollieren?

Im Rahmen der Bauleitplanung haben wir grundsätzlich die Möglichkeit, über Bebauungspläne ökologische Mindeststandards festzusetzen – etwa zur Begrünung nicht überbauter Flächen, zur Verwendung heimischer Gehölze oder zur Ausgestaltung von Einfriedungen.

Dabei ist mir jedoch wichtig, mit Maß und Ziel vorzugehen. Bebauungspläne müssen praktikabel bleiben und dürfen Bauwillige nicht durch übermäßige Detailregelungen überfordern. Was die Kontrolle betrifft, liegt die Zuständigkeit für die Einhaltung baurechtlicher Vorgaben bei der Baugenehmigungsbehörde, also dem Landratsamt.

- b. Wie stehen Sie zu einem Nachtfahrverbot von Rasenrobotern in Ihrer Gemeinde?

Ein generelles Nachtfahrverbot für Rasenroboter sehe ich kritisch. Ein solches Verbot wäre rechtlich nur schwer auf kommunaler Ebene durchsetzbar, da hierfür eine tragfähige Rechtsgrundlage erforderlich wäre. Zudem läge die Kontrolle nicht in einem realistisch leistbaren Rahmen. Eine flächendeckende Überwachung privater Grundstücke ist weder praktikabel noch verhältnismäßig.

- c. Wie sichern Sie die klimaresiliente Entwicklung Ihrer Stadt/Gemeinde innerhalb und außerhalb der Kernzone sowie den Ortsteilen?

Klimaresiliente Entwicklung bedeutet für mich, unsere Gemeinde so aufzustellen, dass sie mit zunehmenden Extremwetterereignissen wie Starkregen, Hochwasser oder längeren Hitzeperioden gut umgehen kann – und zwar im gesamten Gemeindegebiet, vom Ortskern bis zu den Ortsteilen und der freien Landschaft.

In einer ländlich geprägten Kommune wie Altenstadt stehen dabei vor allem der Wasserrückhalt in der Fläche sowie ein maßvoller Umgang mit Flächenversiegelung im Vordergrund. Bei neuen Baugebieten sollten Regenwasserrückhalt, Durchgrünung und eine angepasste Bauweise selbstverständlich mitgedacht werden.

- d. Unterstützen Sie es, dass Ihre Kommune eine Nachhaltigkeits-Strategie erarbeitet und künftig einen Nachhaltigkeitsbericht erstellt?

Grundsätzlich halte ich es für sinnvoll, dass sich eine Gemeinde mit dem Thema Nachhaltigkeit strategisch auseinandersetzt. Entscheidend ist für mich jedoch, dass daraus ein konkreter Mehrwert für die Kommune entsteht.

Ich bin daher offen für einen pragmatischen Ansatz, der vorhandene Planungen und Maßnahmen bündelt und weiterentwickelt. Reine Dokumentations- oder Berichtspflichten ohne erkennbare Steuerungswirkung sehe ich dagegen kritisch. Für mich gilt: weniger Papier, mehr praktische Umsetzung.

- e. Werden Sie sich für den Verzicht auf Pestizide/Kunstdünger/Einsatz von Gentechnik auf städtischen Flächen und in Schutzgebieten einsetzen und wie stellen Sie sich den Weg zu pestizidfreien städtischen Flächen (Pachtflächen, Waldflächen) vor?

Auf städtischen Flächen und in Schutzgebieten halte ich den weitgehenden Verzicht auf Pestizide, Kunstdünger und Gentechnik für erstrebenswert, muss dies aber praxisnah und umsetzbar gestalten.

- f. Würden Sie ein Randstreifenkonzept entlang von Feldwegen unterstützen, das durch Einsaat von geeigneten Fettwiesenmischungen die Kräutervielfalt auf Ackerrandstreifen im kommunalen Eigentum maßgeblich erhöht?

Ein Randstreifenkonzept entlang von Feldwegen halte ich grundsätzlich für sinnvoll, um die Kräutervielfalt zu fördern. Dabei sollte die Umsetzung aber freiwillig, praxisnah und mit Augenmaß erfolgen, statt starr vorgeschrieben zu werden. Kommunale Flächen können gezielt modellhaft angelegt werden, um den Nutzen zu demonstrieren und Erfahrungen für eine mögliche Ausweitung zu sammeln.

- g. Wie wollen Sie den Rückbau von Schottergärten konsequent vorantreiben?

Beim Rückbau von Schottergärten halte ich gezielte Vorgaben über die Bebauungsplanung für sinnvoll, zum Beispiel durch eine Einfriedungssatzung. Damit könnten Vorgaben zu Pflanzflächen, Versickerungsmöglichkeiten und naturnaher Gestaltung verbindlich festgelegt werden. Wichtig ist dabei ein praktikabler, schrittweiser Ansatz, der sowohl ökologische Ziele unterstützt als auch die Eigentümer nicht überfordert.

3. Artenvielfalt und Biotopverbund

- a. Wie kontrollieren Sie die Umsetzung der festgelegten Maßnahmen auf den nötigen Ausgleichsflächen und die sich anschließende Pflege?

Die Gemeinde selbst führt keine flächendeckende Kontrolle von Ausgleichsflächen durch. Zuständig für die Einhaltung der festgelegten Maßnahmen sind die Genehmigungs- und Unterhaltungsbehörden, in der Regel das Landratsamt oder die Untere Naturschutzbehörde. Die Gemeinde kann die Umsetzung begleiten, beraten und auf die notwendige Pflege hinweisen, etwa durch Hinweise an Pächter oder Eigentümer, übernimmt aber keine direkte Überwachung.

- b. Welche Maßnahmen würden Sie über das Planungsinstrument FNP-festschreiben, um den Biotopverbund in Ihrer Gemeinde zukunftsorientiert voranzubringen?

Im Flächennutzungsplan würde ich darauf achten, die wichtigsten Biotope wie Wälder, Feuchtgebiete oder Hecken zu erhalten und ökologische Korridore für Tiere freizuhalten. Dabei soll der Plan eher Leitlinien vorgeben als strenge Vorschriften.

- c. Welche konkreten Umsetzungsmaßnahmen würden Sie in den nächsten Jahren direkt angehen, um den kommunalen Biotopverbund weiterentwickeln und somit die Biodiversität im Ort zu erhöhen?

Bisher gibt es noch keine konkreten Maßnahmen zum Ausbau des kommunalen Biotopverbunds. Bevor etwas umgesetzt wird, müsste zunächst geprüft werden, welche Ansätze wirklich sinnvoll, praktikabel und mit den Eigentümern umsetzbar sind. Erst auf dieser Basis könnten dann gegebenenfalls erste Schritte geplant werden.

- d. Wie stellen Sie sich die- Bepflanzung mit Gehölzen und Blühpflanzen im öffentlichen Raum vor?

Die Gemeinde sollte bei der Bepflanzung im öffentlichen Raum aktiv werden, zum Beispiel durch Gehölze an Straßenrändern, in Parks oder an Plätzen sowie durch Blühflächen auf öffentlichen Grünflächen. Solche Maßnahmen verschönern das Ortsbild, fördern die Artenvielfalt und bieten Lebensraum für Insekten, Vögel und andere Tiere. Wichtig ist dabei eine Auswahl heimischer Arten und eine pflegeleichte, nachhaltige Gestaltung.

4. Klima

- a. Welche Ideen haben Sie für mehr Aufenthaltsqualität innerorts und welche Ideen haben sie für mehr Grün und mehr Hitzeschutz?

Wichtig ist, dass öffentliche Plätze so gestaltet werden, dass sie zum Verweilen einladen. Gleichzeitig sollten vorhandene Grünflächen gepflegt und wo möglich erweitert werden, etwa durch Bäume oder kleine Pflanzflächen, die Schatten spenden und das Ortsbild aufwerten.

- b. Unterstützen Sie die Einführung einer Baumschutzverordnung mit mindestens diesen drei Eckpunkten:
- Geltungsbereich im gesamten Stadtgebiet
 - Schutz aller Bäume mit einem Stammumfang ab 60 cm
 - Umfangreiche (Erhöhung der Zahl der) Ersatzpflanzungen für gefälltte Bäume nach dem Kronenflächenkriterium und dem Stammumfang?

Den Schutz von Bäumen und die Bewahrung der Natur halte ich grundsätzlich für sehr wichtig. Eine Baumschutzverordnung in der vorgeschlagenen Form unterstütze ich jedoch nicht, da sie oft zu bürokratischem Aufwand führt. Viel entscheidender ist, dass bei allen Maßnahmen Vernunft und Sorgfalt walten und der Umwelt- und Naturschutz pragmatisch umgesetzt wird.

- c. Wie stehen Sie zu Pflasterflächen in Bezug auf die Bodenversiegelung im privaten wie auch im öffentlichen Bereich, z. s: bei Parkplätzen und wie definieren Sie versickerungsfähigen Pflaster in der Bauordnung Ihrer Gemeinde?

Grundsätzlich halte ich es für wichtig, Versickerung und Wasserhaushalt zu berücksichtigen, etwa bei Parkplätzen oder öffentlichen Plätzen. Wie versickerungsfähiges Pflaster künftig in der Bauordnung definiert wird, müsste im Rahmen fachlicher Beratung und Abwägung entwickelt werden, damit praktikable und wirksame Lösungen entstehen

- d. Wie gestalten Sie die kommunale Wärmeplanung hinsichtlich ökologischer und sozialverträglicher Kriterien über Fernwärme hinaus?

Die kommunale Wärmeplanung wird in Altenstadt derzeit auf Basis des bis Mitte 2028 zu entwickelnden Fernwärmekonzepts vorangetrieben. Details zu ökologischen und sozialverträglichen Kriterien darüber hinaus können erst nach Abschluss dieses Konzeptes geprüft und konkretisiert werden. Wichtig ist für mich, dass zukünftige Maßnahmen praktikabel, umsetzbar und für die Bürgerinnen und Bürger tragbar sind.

5. Mobilität:

- a. Wie stellen Sie sich die Umsetzung einer sicheren und alltagstauglichen Fahrradinfrastruktur in Ihrer Gemeinde/Stadt vor, welche die Schulwege, den Winterdienst, eine Lückenschließung im Netz und attraktive Fahrradabstellmöglichkeiten umfasst?

Sichere und alltagstaugliche Radwege sind besonders wichtig, vor allem in der Ortsdurchfahrt Altstadt, wo es derzeit sehr eng ist, unter anderem wegen der beidseitigen Parkplätze. Fahrradstellplätze müssen hierfür natürlich auch in ausreichender Form vorhanden sein. Ziel ist eine sichere und praktikable Infrastruktur, die Schulwege berücksichtigt und die Nutzung des Fahrrads im Ort erleichtert.

- b. Werden Sie sich für Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts einsetzen?

Ich halte Tempo 30 innerorts in bestimmten Bereichen für sinnvoll, insbesondere dort, wo viel Schwerlastverkehr unterwegs ist oder eine besondere Gefährdung besteht. Eine pauschale Einführung für das gesamte Gemeindegebiet lehne ich ab. Jede Maßnahme sollte gezielt geprüft und im Einzelfall abgewogen werden, um Sicherheit und Verkehrsfluss angemessen zu berücksichtigen.

6. Allgemein:

- a. Wie binden Sie Umweltorganisationen ADFC, BUND, LBV in Ihre Politik ein?

Derzeit gibt es in der Gemeinde noch keine Zusammenarbeit mit Umweltorganisationen wie ADFC, BUND oder LBV. Auf Wunsch der Organisationen wäre eine Einbindung möglich, dabei sollte der Fokus auf praktischer Zusammenarbeit liegen – also konkrete Projekte oder Abstimmungen bei Planungen, ohne dass unnötig viel Bürokratie entsteht.